



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, Georg: Sammeln im Osten!

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Sammeln im Osten!

Don Georg Kleinow



Der Punkt dreizehn der berühmten Wilsonschen Artikel hat die Polen dazu verleitet, ihr Kriegsziel rückhaltlos zu offenbaren. Sie nehmen alles von Polen bewohnte Land als „unzweifelhaft polnisches Land“ in Anspruch, soweit es zu Deutschland gehört, während sie auf den Besitz ehemals russischen Gebietes außerhalb Kongreß-Polens zunächst verzichten. Die neueste Karte, die auf dem Friedenskongreß als Grundlage für die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen dienen soll, zeigt uns, daß Deutschland auf ganz Oberschlesien ohne Reizke, Mittelschlesien östlich der Oder, auf ganz Posen ohne Meseritz und Bromberg, auf Thorn, das Kulmer Land, Westpreußen links der Weichsel, mit Einschluß der Kassubei, und die Kreise Neustadt und Puzig verzichten soll; ferner sollen Danzig und seine Niederung sowie das südliche Drittel von Ostpreußen (Masuren) zu dem neuen Polenstaate geschlagen werden.

Es läßt sich denken, daß diese Forderungen in der Ostmark um so größere Beunruhigung hervorrufen müssen, als die Reichsregierung sich durch ihre Noten an Herrn Wilson vollständig dem Wachtspruch des Präsidenten der Vereinigten Staaten unterworfen zu haben scheint und heute niemand beurteilen kann, welche Entscheidung dieser Mann, der die Verhältnisse in der Ostmark wohl ausschließlich aus Berichten polnischer Emisäre kennt, treffen wird. Die Beunruhigung äußert sich bei den einen in völliger Kopflosigkeit oder Apathie, bei den anderen in stürmischem Protest und Aufbegehren gegen mögliche Vergewaltigung. Die Polen nützen die Stimmung kühl rechnend aus. Sie sprengen Gerüchte aus, wonach die Abtrennung preußischer Landesteile vollzogene Tatsache ist, drohen deutschen Bauern und Gutsbesitzern mit Bolschewismus und Enteignung, lassen die Beamten hören, daß ihre Stellen schon durch diese und jene Person polnischer Herkunft besetzt sei, mit einem Wort, schaffen Unsicherheit und eine Panikstimmung, um dann um so besser im Trüben fischen zu können. Treten dann noch Vorkommnisse wie gegenwärtig infolge der scheußlichen Geldhamsterei Knappheit an flüssigen Varmitteln in den Städten hinzu, so verlieren die Deutschen der Ostmark das Vertrauen in die Regierung, das Land halten zu wollen, und die Gefahr droht, daß plötzlich der Ruf: rette sich wer kann! das Land in Anarchie und Trostlosigkeit wirft.

Zu unserem Unglück hatte sich die Bureaukratie der Lage nicht als gewachsen gezeigt, als das Unheil diesen Sommer heraufzog und in Berlin mußte zur Rettung des deutschen Volkes der bisherige „Obrigkeitsstaat“ in einen „Volksstaat“ umgewandelt werden. Die Deutschen der Ostmark, die sich bisher mit allen ihren Nöten mit einiger Aussicht auf Erfolg an die Organe des Staates wenden konnten, erkennen, daß diese Organe für politische Fragen keinen Sinn mehr haben dürfen: „Vom Oktober 1918 an regiert das deutsche Volk sich selber“, schreibt der Staatssekretär Erzberger als Vorsitzender der Zentrale für Heimatsdienst. Der Osten Deutschlands, der infolge seiner historischen Entwicklung in stärkerer Abhängigkeit von der Bureaukratie stand als der Westen, sieht sich im Augenblick einer Stütze beraubt, ohne daß die neue Regierung in der Lage gewesen wäre, ihm eine neue für seine politischen Nöte sofort zu geben. Die dadurch entstehende Unsicherheit wird noch vermehrt durch die Haltung der Berliner Zentrale der Freisinnigen Volkspartei, die als Teil der Mehrheitsregierung an einzelne Stellen der Provinz Posen auf deren Anfrage den Bescheid gegeben hat, die Angehörigen der Partei mögen sich ja recht zurückhalten und der Regierung keine Schwierigkeiten bereiten, während in den Regierungsblättern auf die nationalen Organisationen gewettert und geschimpft wird.

Wenn das deutsche Volk sich selbst regieren soll, so darf doch eine Regierungspartei keine Parolen ausgeben, die die Möglichkeit sich selbst zu regieren für weite Landesteile unterbindet. Und eine Unterbindung der Selbstregierung bedeutet es, wenn die Einigung des Deutschtums, die an sich schon schwer zu erzielen ist, aus engherzigen Parteigesichtspunkten heraus behindert wird. Denn den Gesichtspunkt: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!“ wollen doch die neuen Regierungsmänner sicher nicht gelten lassen, nachdem sie ähnliche Parolen mit Recht durch Jahrzehnte verspottet und zurückgewiesen haben. Wer Politik treiben will, muß kämpfen, — politisch kämpfen heißt Massen sammeln und zusammenschließen und sie für den taktisch rechten Augenblick bereistellen. Die Massen müssen Losungen haben, positive Losungen, die sie hinreißen, nicht matte Worte der Verteidigung und Entschuldigung. Die große Losung in der deutschen Ostmark ist und muß sein Zusammenschluß des Deutschtums! Gerade weil unsere ganze auswärtige und innere Politik zusammengebrochen ist, gerade weil unerhörte Fehler und Mißgriffe wieder gut gemacht werden müssen, gerade weil die deutsche Bureaukratie aus der Politik ausgeschaltet werden soll und Deutschland ein Volksstaat geworden ist, muß das Deutschtum sich in der Ostmark zusammenschließen. Nicht zur Fortsetzung irgendeines polenfeindlichen KurSES, sondern um seiner selbst willen, um seiner Selbsterhaltung willen.

Die Polen hoffen mit Hilfe der Ententemächte einen unabhängigen Staat schaffen zu können. Sie haben sich der Schaffung eines Staates mit Hilfe der Mittelmächte mit allen Mitteln widersetzt. Nicht weil sie keinen eigenen Staat haben wollten, sondern weil ein unter deutscher Patenschaft entstandener Staat dem deutschen Weltmachtgedanken gedient hätte, seine Grenzen zu weit nach Osten hätte verschieben müssen und das junge Polen in Gegensatz zum Ruffentum gebracht hätte. Diesen Gegensatz scheuten die Polen, weil sie dann nach ihrer Meinung dem deutschen Mitteleuropa auf Gnade und Ungnade ausgeliefert worden wären. — Außerdem würde dieser nach Osten vorgeschobene

Polenstaat recht arm an Kulturelementen geblieben sein, und es wäre fraglich, ob er in seiner politischen Schwäche überhaupt hätte zu dem werden können, was die Polen sich erträumen. — Anders mit einem in westliches Kulturgebiet hineingelegten Staate, der keinerlei politische Feindschaft von Osten zu fürchten hätte und außerdem sich noch der Sympathie Frankreichs und des Schutzes der Vereinigten Staaten von Amerika oder gar eines deutschfeindlichen Völkerbundes zu erfreuen hätte. Ein solcher Polenstaat könnte schon die Feindschaft der Deutschen auf sich nehmen, derselben Deutschen, die er braucht, um überhaupt zu einem Kulturstaate zu werden. Man unterschätze die Tatsache nicht: die Polen fordern die preußischen Gebiete nicht in erster Linie, um historische Ungerechtigkeiten auszugleichen, sondern um an die Ostsee längs der Weichsel zu gelangen und um das deutsche Element dieser Gebiete für die Errichtung eines soliden Unterbaues ihres Staates zu gewinnen. Man denke sich die deutschen Kultureinflüsse allein des letzten halben Jahrhunderts aus Polen fort, so wären die Polen ein politisches Nichts! Die vielgerühmte westeuropäisch-polnische Kultur ist seit tausend Jahren deutsch, urdeutsch!

Nun würde der neue polnische Staat in den eingangs gekennzeichneten Grenzen etwa 20 Millionen Einwohner umfassen. Von diesen wären rund 3,6 Millionen Deutsche, 2,2 Millionen Juden und etwa eine Million Kasuben, Masuren und Oberschlesier. Deutsche und Juden würden mit 5,8 Millionen ein starkes Viertel der neuen Wählerschaft ausmachen, die Deutschen allein ein Fünftel. Der neue polnische Staat wird sich, und mag er noch so demokratisch begründet werden, vor allen Dingen auf die ruhigen und besitzenden Elemente stützen müssen, um überhaupt bestehen zu können und eben deshalb wird er dem Deutschtum entgegenkommen müssen und es mit den neuen Verhältnissen auszuföhnen trachten, wenn dies Deutschtum tatsächlich die politische Macht darstellt, die es seiner Zahl nach darstellen kann. Sollte also wirklich der Fall eintreten, daß deutsche Ostmark an Polen abgetreten wird, so wird jeder einzelne Deutsche sein persönliches Interesse nicht dadurch am besten wahren, daß er sich vorsichtig zurückhält und sich den Polen als Pole gibt, sondern dadurch, daß er sich mit seinen Stammesgenossen zusammenschließt zu wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Vereinen und Verbänden, daß er sich tüchtige, vertrauenswürdige Wortführer heranbildet und seine stärksten und besonnensten Volksgenossen in das polnische Parlament entsendet.

Dadurch, daß die Polen ein Programm aufstellen, ist indessen noch nicht gesagt, dies Programm werde auch verwirklicht werden. Die Polen fordern Gebiete, die nicht „unzweifelhaft“ polnisches Land sind, und so werden sie wohl darum erst kämpfen müssen. Und sie tun es schon. Ihre Ansprüche bedeuten eine Herausforderung an das Deutschtum, die von uns aufgenommen werden muß, wollen wir nicht auf ererbte und durch eigene Arbeit erworbene Rechte kampflos verzichten. Es gilt Herrn Wilson und aller Welt am Konferenztisch des Friedens klar zu machen, daß es sich um deutsches und nicht um polnisches Land handelt. Bisher stand und steht die Welt unter dem Eindruck der polnischen Klagen über Vergewaltigung durch die preußische Regierung. Die alte Regierung hat, wie genugsam bekannt ist, vor dem Kriege nur wenig getan, um den polnischen und anderen Lügen über deutsche Verhältnisse in der ganzen Welt mit Nachdruck und Erfolg entgegenzutreten. Die neue Regierung

kann es nur, wenn ihr aus der Provinz selbst das Material dazu von dem sich selbst regierenden Volke zugetragen wird. Wenn einzelne Vereine oder Parteien, womöglich nur solche, die bereits durch die Polen im Auslande diskreditiert sind, mit ihrem noch so guten Material kommen, so hat das keine Wirkung, macht auf Wilson und die anderen Konferenzmitglieder keinen Eindruck. Das gesamte Deutschtum in Stadt und Land der Ostmark muß dartun, daß es lebt, daß es sein Recht neben den Polen beansprucht. Eindruck machen in unserer Zeit keine sorgfältigen, korrekten Denkschriften, — Eindruck macht nur ein gewaltiger Massenschrei gequälter, vergewaltigter Menschen. Und dazu gehört Sammlung, Vereinigung, Zusammenfassung aller deutschen Kräfte. Noch ist es nicht zu spät, Herrn Wilson zu beweisen, daß hier in der Ostmark ebensoviele Deutsche wie Polen leben, und daß er, der der Gerechtigkeit zu dienen wähnt, mißbraucht werden soll, um Unrecht an den Deutschen zu tun.

Durch Zusammenschluß und ernste politische Arbeit werden wir zum mindesten erreichen, daß nicht von einem internationalen Volkstribunal einfach dekretiert wird, ob Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Schlessien deutsch oder polnisch wird, daß vielmehr zum mindesten eine Volksabstimmung darüber entscheidet, was aus den Bewohnern der Provinz werden soll. Die Zeiten der Verschacherung von Millionen Menschen sollten doch vorüber sein. In einer solchen Abstimmung wird sich zeigen, welche Anziehungskraft das neue Polen hat. Für die mögliche Abstimmung muß das Deutschtum geeint sein in allen seinen Teilen. Dann wird es auch eine starke Anziehungskraft auf die Kreise ausüben, die, mögen es Juden oder Polen sein, schwankend, aber im Innern doch näher bei Deutschland stehen. Deutschland hat seinen Bürgern soviel gegeben an wirtschaftlicher und sozialer Kultur, wie es ein Polenstaat in Jahrzehnten nicht wird geben können. Also, da das deutsche Volk in dem neuen demokratischen Deutschland selbst entscheiden muß, was es sein will, muß es sich zusammenschließen, um dieser Aufgabe gerecht zu werden.

Zaghafte Gemüter erklären ihre Zurückhaltung mit dem Hinweis auf die Demokratisierung des preußischen Staatswesens, in deren Folge die Polen schon sehr bald alle Macht in den Stadtverwaltungen ausüben und sich an denen rächen würden, die ihnen Widerstand leisten. Solche Zaghaften mögen auf die Deutschen in Österreich blicken. Überall waren sie in die Minderheit gedrängt, wo sie unter sich uneins waren. In dem Augenblick, wo sie, geführt von der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, sich wie ein Mann zusammenschlossen, sind sie ein gewaltiger Faktor nicht nur der mitteleuropäischen, sondern nach dem Zerfall des alten Habsburger Staates auch der Weltpolitik geworden. Die Einigkeit hat das Deutschtum gerettet und Einigkeit muß auch die Deutschen der Ostmark vor der Polonisierung bewahren.

Das einige Deutschtum der Ostmark ist nicht verloren, weil es in jedem Falle ein politischer Faktor bleibt, welche politische Kombination auch eintreten mag. Das einige Ostmarkendeutschtum wird auch immer die starke Bundesgenossenschaft der siebenzig Millionen Deutschen finden, die Mitteleuropa beherrschen, während ein zerstückertes Deutschtum weder die Achtung seiner Gegner noch das Mitgefühl seiner Volksgenossen beanspruchen kann. Das Deutschtum hat in dem großen Völkerringen eine Schlacht verloren. Mehr nicht! Nach der Schlacht sammeln treue Truppen sich um ihre Fahne, um aus der Versammlung heraus den Besitzstand zu halten und Verlorenes wiederzugewinnen.